



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser letzten Woche des Jahres 2015 hat der Parteitag der CDU Deutschlands ein klares und starkes Signal der Einheit der Partei gesetzt. Eine Partei, die sich zu ihrem Erbe und ihrem Vermächtnis bekannt hat – sie ist die Europapartei Deutschlands. In der Tradition von Konrad Adenauer und Helmut Kohl steht auch Angela Merkel für ein geeintes und handlungsfähiges Europa ein. Unser Parteitag zeigt, dass wir die Kraft und die Zuversicht haben, auch in schweren Momenten für unsere Überzeugungen zu kämpfen. Wir nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst: Als CDU und CSU wollen und werden wir die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge spürbar reduzieren.

Kurz vor Weihnachten ist diese Geschlossenheit der Partei wichtig. Denn sie gibt nicht nur uns Stärke für das neue Jahr, sondern festigt auch das Vertrauen in die Politik, das in diesem ereignisreichen Jahr 2015 häufig strapaziert wurde.

Am Ende des Jahres möchte ich mich bei Ihnen für Ihr Interesse an meiner Arbeit bedanken. Ihnen und Ihren Familien wünsche ich besinnliche Weihnachtsstunden. Die Liste von Dingen, die in der Weihnachtszeit erledigt werden müssen, scheint oft kein Ende zu nehmen. Darum wünsche ich Ihnen neben den Weihnachtsvorbereitungen viel Zeit zur Entspannung und Erholung. Besonders in der Adventszeit lohnt es sich einmal inne zu halten und Kraft für das neue Jahr zu tanken. Bleiben Sie gesund und genießen Sie die gemütlichen Weihnachtstage im Kreise Ihrer Familien und Freunde.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

A handwritten signature in black ink that reads "Uwe Lagosky".

Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

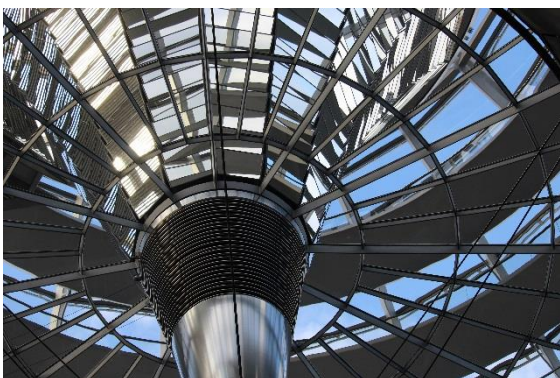


CDU



Deutsche Beteiligung am Syrien-Einsatz. Der Deutsche Bundestag hat am 2. Dezember 2015 einen Bundeswehreininsatz für den "Kampf gegen den Terrorismus im Rahmen der Allianz" gegen den "Islamischen Staat" zugestimmt. Der Einsatz deutscher Streitkräfte erfolgt vorrangig im und über dem Operationsgebiet der Terrororganisation „IS“ in Syrien sowie auf dem Territorialgebiet von Staaten, von denen eine Genehmigung der jeweiligen Regierung vorliegt, sowie im Seegebiet östliches Mittelmeer, Persischer Golf, Rotes Meer und in angrenzenden Seegebieten. Das Mandat gilt für den Zeitraum vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016, die einsatzbedingten Zusatzausgaben beziffert die Bundesregierung auf rund 134 Millionen Euro.

Der Einsatz umfasst 1.200 Soldaten der Bundeswehr die zur Unterstützung Frankreichs, Iraks und der internationalen Allianz gegen den „IS“ entsendet werden. Sie werden die Aufgaben der Luftbetankung, Aufklärung (insbesondere luft-, raum- und seegestützt) und des sehgehenden Schutzes übernehmen sowie als Teil des Stabpersonals eingesetzt. Meiner Meinung nach, ist dieser Einsatz richtig. Er unterstützt unseren engen Bündnispartner Frankreich und schwächt den „Islamischen Staat“.



Leider konnte ich aufgrund eines Krankenhausaufenthaltes nicht an der Abstimmung zu dem Einsatz teilnehmen, hätte aber aus Überzeugung für das Mandat gestimmt.

Die Braunschweiger Zeitung berichtete, dass ich nicht an der Abstimmung teilnahm. Eine Nachfrage warum, erfolgte seitens der Zeitung nicht.

Großer Erfolg der Klimakonferenz in Paris. Die Einigung auf der UN-Klimakonferenz, in Paris kann man getrost als historisch bezeichnen. Der Großteil der Länder dieser Welt, unter anderem die USA und China, konnten sich auf einen Klimavertrag einigen. Paris ist wieder ein Ort der Hoffnung. Wenige Wochen nach den entsetzlichen Anschlägen ist es dort gelungen, endlich einen internationalen Konsens zu finden, um den Klimawandel in für uns alle erträgliche Bahnen zu lenken. Damit wurde ein Ziel erreicht, dass Angela Merkel seit Mitte der neunziger Jahre u.a. 1995 als Bundesumweltministerin auf der ersten Klimakonferenz in Berlin entschlossen verfolgt.

Die Staatengemeinschaft setzt sich nunmehr das Ziel, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf „weit unter“ zwei Grad Celsius zu beschränken. Zudem sollen Anstrengungen unternommen werden, den Temperaturanstieg bereits bei 1,5 Grad zu stoppen. Um dies zu erreichen, waren zwei Jahrzehnte lang dicke Bretter zu bohren und lang anhaltender Widerstand sowie Rückschläge zu überwinden. Umso mehr ist das in Paris erzielte Ergebnis ein Grund zur Freude und zur Erleichterung. Jetzt müssen aber von allen Vertragsparteien Taten folgen. Deutschland allein kann das weltweite Ziel nicht realisieren. Es geht nunmehr darum, international, pragmatisch und nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip den Klimawandel so zu begrenzen, dass unser blauer Planet lebenswert bleibt. Gerade für uns ist das wichtig, denn ein unkontrollierter Klimawandel könnte zu einem Exodus aus Afrika in Richtung Europa führen. Klimaschutz ist somit auch Fluchtursachenbekämpfung. Für die Zeit des internationalen Handelns ist unser Land mit seinen Erfahrungen und seinem enormen Know-



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



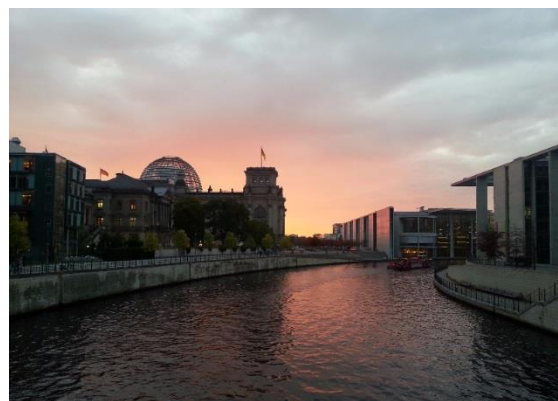
how im Bereich der Umwelttechniken, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien gut aufgestellt und dazu bereit, anderen Ländern zu helfen.

Einer von uns in Berlin –
Sitzungswochen vom 14. bis 18.
Dezember 2015

Gesetz zur Verbesserung des Datenaustausches zwischen den am Asylverfahren beteiligten Behörden. Wir diskutierten einen Gesetzesentwurf in erster Lesung, der zu einer weiteren Verbesserung und Beschleunigung der Asylverfahren beitragen soll. Zur vollständigen Registrierung und Überprüfung aller Ankommenden sollen beim Erstkontakt mit Asylbewerbern und Ausländern die zur erkennungsdienstlichen Erfassung zuständigen Stellen unter Zuhilfenahme eines „integrierten Identitätsmanagements“ den Betroffenen derart identifizieren können, dass die relevanten Stammdaten sowie biometrische Daten aufgenommen, in Eurodac gespeichert und beim BKA mit dem automatisierten Fingerabdruckidentifizierungssystem abgeglichen werden können. Gleichzeitig sieht das Gesetz die Ausstattung der die Registrierung durchführenden Stellen mit einem Fingerabdruck-Schnell-Abgleichsystem vor, um eine Datenabfrage bei den AFIS-Datenbanken zu ermöglichen. Die Stammdaten der Betroffenen werden außerdem behördenübergreifend in ein Kerndatensystem eingepflegt. Die Registrierung wird durch ein fälschungssicheres Dokument nachgewiesen, das die Grundlage für den Bezug von Leistungen bildet und von einer zuständigen Stelle ausgestellt wird.

Öffentliches Fachgespräch zum Nationalen Entsorgungsprogramm (NaPro) der Bundesregierung. Im NaPro legt die Regierung die deutsche Strategie für die verantwortungsvolle und sichere Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver

Abfälle dar. Das Bundeskabinett hat das Nationale Entsorgungsprogramm am 12. August 2015 beschlossen. Es steht jedoch unter Revisionsvorbehalt, da sich auf Grundlage der Empfehlungen der "Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe" ("Endlager-Kommission") wesentliche Änderungen ergeben können. Auf Antrag der Linken-Bundestagsfraktion fand diese Woche ein öffentliches Fachgespräch zum NaPro im Deutschen Bundestag statt.



Bei dem Fachgespräch erläuterte unter anderem Wolfram König, der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), dass mit dem NaPro Planungssicherheit geschaffen wurde und aufgezeigt wird, wohin die Entsorgungsstrategie gehen wird. Weiter sprach sich König für eine regelmäßige Überprüfung sowie einen Nachweis über die Sicherheit nach Stand von Wissenschaft und Technik vor der Einlagerung der Abfälle in Konrad.

In dem Fachgespräch stellte ich Herrn König drei Fragen zum Endlager Konrad.

1. Wie weit ist die Überprüfung nach dem Stand von Wissenschaft und Technik fortgeschritten?
2. Welche Ergebnisse werden bei der Überprüfung erwartet?
3. Kollidiert die jetzige Überprüfung nach Ihrer Auffassung mit den Aussagen des NaPro auf Seite 16, wo unter dem Punkt 3.2.3 Endlager



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU



Konrad folgendes geschrieben steht?
(es folgte das Zitat aus dem NaPro).

Darauf sagte Herr König, dass aktuell eine Arbeitsgruppe gegründet wurde, die sich mit der Sicherheitsprüfung nach dem Stand von Wissenschaft und Technik befasst. Zudem ist eine Veranstaltung mit der Region vorgesehen, um die Bevölkerung zu informieren und Fragen zu berücksichtigen.

Ergebnisse könne er aktuell noch keine präsentieren, da es sich das BfS noch in Überprüfungsphase befindet.

Er sagte, dass bis zur Verschließung sichergestellt wird, dass der Stand von Wissenschaft und Technik verfolgt wird. Der Betreiber ist in der Verpflichtung dies nicht nur zum Schluss zu machen, sondern auch jetzt. Seiner Auffassung nach, kollidiert die jetzige Überprüfung mit den Aussagen des NaPro nicht. Herr König bekräftigte, dass es dem Selbstverständnis des BfS entspreche, Schacht Konrad stets sicherheitstechnisch zu überprüfen.

Die Aufzeichnung des Fachgesprächs können Sie hier abrufen: <http://dbtg.tv/cvid/6274449>

Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts (Vergaberechtsmodernisierungsgesetz). Der Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen, dient der Umsetzung dreier EU-Vergaberichtlinien. Durch diese soll das Regelwerk für die Vergaben entsprechend der aktuellen Bedürfnisse des fortschreitenden Binnenmarktes weiterentwickelt und innerhalb der EU stärker vereinheitlicht werden. Wir vereinfachen damit die Struktur des deutschen Vergaberechts und gestalten dies anwenderfreundlicher aus, um insbesondere die Teilnahme kleiner und mittlerer Unternehmen an öffentlichen Vergabeverfahren zu erleichtern.



Gesetz zur Verbesserung der zivilrechtlichen Durchsetzung von Verbraucherschützenden Vorschriften des Datenschutzrechts. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart schafften wir in zweiter und dritter Lesung die Rechtsgrundlage dafür, dass die Verbraucherverbände datenschutzrechtliche Verstöße abmahnen können und erweitern dazu den Anwendungsbereich des Unterlassungsklagegesetzes. Durch eine Stärkung des Bundesamtes für Justiz stellen wir gleichzeitig sicher, dass die Verfolgung von Datenschutzverstößen sachgerecht geschieht und keine neue Abmahnindustrie entsteht. Darüber hinaus schaffen wir Übergangsregelungen, um aus dem „Safe Harbor“-Urteil des Europäischen Gerichtshofs resultierende Rechtsunsicherheiten für Unternehmen zu beseitigen

Transfer von Forschungsergebnissen und Innovationen in die Gesundheitsversorgung beschleunigen. Der Forschungstransfer ist in der Gesundheitswirtschaft eine ebenso dringende wie dauerhafte Herausforderung, um das vorbildliche Niveau der deutschen Gesundheitsversorgung zukunftsfähig zu halten. Mit dem Antrag, den wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner einbrachten, fordern wir die Bundesregierung auf, bei der Umsetzung ihres Rahmenprogramms Gesundheitsforschung einen stärkeren Fokus auf die Effektivität der Gesundheitsversorgung zu legen sowie die



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU



Förderung des Mittelstandes insbesondere in der Medizintechnik und medizinischen Biotechnologie auszuweiten. Ebenfalls setzen wir uns für geeignete Rahmenbedingungen zur aktiven Beteiligung von Interessengemeinschaften, Patientenverbänden sowie Kostenträgern und Leistungserbringern im Hinblick auf eine bedarfsgetriebene Innovationsforschung ein.

Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes.

Der Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen, sieht verschiedene Änderungen im Bereich der Parteienfinanzierung vor. Unter anderem soll die Rechtsstellung als Partei wegfallen, wenn über sechs Jahre fortwährend gegen die verfassungs- und parteirechtliche Rechenschaftspflicht verstoßen wird. Auch sollen die Beiträge aus der staatlichen Teilfinanzierung für die bei Wahlen gewonnenen Stimmen und erhaltene Zuwendungen entsprechend der Preisentwicklung erhöht werden, da hier seit 2002 keine Anpassung mehr erfolgt ist. Die im Gesetz festgelegten Höchstbeträge, die der Staat jährlich den Parteien zulassen kann (absolute Obergrenze), bleibt unverändert. Auch ein Schlupfloch, wie es bislang von der AfD mit ihrem Goldhandel genutzt wurde, ist nun nicht mehr erlaubt.



Erstes Gesetz zur Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes.

Wir flankieren die auf eine Verbesserung der Beschäftigungssituation ihres

wissenschaftlichen Personals ausgerichteten Bemühungen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen, indem wir eine Vereinbarung des Koalitionsvertrags umsetzen. Fehlentwicklungen in der Befristungspraxis soll mit dem in zweiter und dritter Lesung zu beschlossenen Gesetz entgegengetreten werden, ohne die in der Wissenschaft erforderliche Flexibilität und Dynamik zu beeinträchtigen. Dazu soll unter anderem klargestellt werden, dass sachgrundlose Befristungen nur zulässig sind, wenn die befristete Beschäftigung der Förderung der eigenen wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifizierung dient. Die vorgesehene Änderung des Wissenschaftszeitgesetzes ist Teil eines Gesamtkonzepts zur Verbesserung der Bedingungen, unter denen der wissenschaftliche Nachwuchs in Deutschland arbeitet.

Daten und Fakten

Forschungsausgaben der Wirtschaft auf Rekordniveau.

Noch nie zuvor hat die deutsche Wirtschaft so viel in Forschung und Entwicklung investiert wie im Jahr 2014. Die Unternehmen gaben dabei insgesamt 57 Milliarden Euro aus, um in ihren Abteilungen zu forschen und neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. Das sind 6,4 Prozent mehr als noch im Jahr zuvor. Vor allem der Automobilbau zeigt sich laut Wissenschaftsstatistik des Stifterverbands für den Aufschwung verantwortlich: Hier stiegen die Ausgaben für die interne Forschung um 2,6 Milliarden Euro auf knapp 20 Milliarden Euro. Zusätzlich wurden rund 9,4 Milliarden Euro für Forschungsaufträge an externe Unternehmen und Institutionen vergeben, was einem Zuwachs um 13 Prozent entspricht. Auch in Chemieindustrie, Maschinenbau und Elektroindustrie sind 2014 mehr Mittel in die interne Forschung geflossen. Der Anteil des Bruttoinlandsproduktes, der für Forschung und Entwicklung eingesetzt wird, liegt nach vorläufigen Zahlen im Jahr 2014 bei 2,87 Prozent



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



(2013: 2,83 Prozent). Damit wurde das Drei-Prozent-Ziel der Bundesregierung knapp verfehlt, der Trend ist jedoch positiv. Für 2015 plant die Wirtschaft eine weitere Steigerung ihrer Ausgaben um 3,6 Prozent auf 59 Milliarden Euro. (Quelle: Wissenschaftsstatistik des Stifterverbands)

Klimaschutztechnologien „Made in Germany“.

Die Anzahl von Erfindungen im Bereich der Klimaschutztechnologien hat sich weltweit zwischen 1995 und 2011 von 11.000 auf 51.000 nahezu verfünffacht. Das geht aus einer gemeinsamen Studie des Europäischen Patentamts und des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) hervor. Europa zeigt sich dabei trotz zunehmender Konkurrenz aus China und Korea für rund 18 Prozent der weltweiten Klimaschutztechnologie-Erfindungen verantwortlich – bei Erfindungen, die wegen ihres hohen Werts in mindestens zwei Rechtssystemen patentiert sind, liegt der Anteil sogar bei 40 Prozent. In Europa stammen die meisten Erfindungen nachhaltiger Technologien dabei aus Deutschland: Die Bundesrepublik vereint knapp die Hälfte aller europäischen Innovationen auf sich. Auch in Relation zum Bruttoinlandsprodukt steht Deutschland bei Erfindungen von Klimaschutztechnologien an Europas Spitze vor Schweden, Frankreich und Finnland. (Quelle: Europäisches Patentamt)



Wussten Sie schon...?

..., dass 1582 das Jahresende vom 24. auf den 31. Dezember, den Todestag von Papst Silvester I., verlegt wurde.



..., dass die ersten Aufzeichnungen über den Christbaum als einen allgemein üblichen Gebrauch aus dem Jahre 1605 aus dem Elsas stammen?

Im Wahlkreis Salzgitter / Wolfenbüttel

Besuch der Landesaufnahmebehörde in Braunschweig. Gemeinsam mit den Mitgliedern des Vorstandes des CDA-Landesverbandes Braunschweig besuchte ich vergangene Woche die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB) in Kralenriede. In der LAB befinden sich aktuell rund 3.300 Flüchtlinge, 800 davon leben momentan in Zelten.

Die LAB bietet Flüchtlingen über mehrere Wochen und Monate Unterkunft, bis diese auf die Kommunen aufgeteilt werden. Somit ist die LAB eine erste sichere Anlaufstelle für Asylsuchende nach ihrer Flucht aus ihren Herkunftsländern.

Obwohl die LAB nur für rund 700 Flüchtlinge ausgelegt ist, leben dort seit Monaten mehrere Tausende Asylsuchende. Im September war die Zahl der Flüchtlinge auf deutlich über 4.000 gestiegen, nun sind es wieder ein paar Hunderte weniger. Die Zahlen der dort untergebrachten Asylsuchenden schwanken stark.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de





Aufgrund des Platzmangels in den Kasernen mussten von den Flüchtlingen rund 300 in einer Turnhalle, 320 in zwei Containeranlagen und 800 in winterfesten Zelten untergebracht werden. Die Zelte sind isoliert und haben eigene Heizungsanlagen. Trotzdem leben dort 40 bis 70 Flüchtlinge auf dichtem Raum. Um etwas Privatsphäre zu schaffen, sind viele Etagenbetten mit Tüchern, Decken oder Matratzen abgehängt.

Verschiedene Gebäude auf dem Gelände sind sanierungsbedürftig, doch momentan sind alle Räume belegt. „An den hygienischen Verhältnissen der sanitären Anlagen und Teeküchen kann sicherlich noch einiges verbessert werden“, äußerte sich der CDA-Landesverbandsvorsitzende Uwe Lagosky

Diskussion zur Zukunft Cremlingens – Kommunalwahlkampf. Hier 1zu1 die Pressemitteilung der CDU-Gemeinderatsfraktion Cremlingen:

Zu einer öffentlichen Diskussion über die Zukunft der Gemeinde Cremlingen lud die CDU-Gemeinderatsfraktion und der CDU-Gemeindeverband am 10. Dezember in den Weddeler Hof ein. Als Auftakt erläuterte der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Lagosky (MdB) die wesentlichen Punkte der aktuellen Gemeindepolitik. Anschließend moderierte Christiane Florek die Diskussion, bei denen die Gäste die Themen vorgaben.



„Wir haben diese Veranstaltungsreihe aufgelegt um die programmatischen Weichen in der CDU für die im September 2016 stattfindende Gemeinderatswahl mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam zu stellen“, so Uwe Lagosky.

Der nächste Dialog zur Zukunft Cremlingens findet am Donnerstag den 11. Februar 2016, um 19Uhr im DGH Gardessen statt.

Wesentliche Themen des Abends waren der Zustand der öffentlichen Flächen, Laub und Winterdienst. Darüber hinaus wurde über die Verkehrsinfrastruktur gesprochen und insbesondere über die Anforderungen, die eine älter werdende Gesellschaft an den öffentlichen Nahverkehr stellt. Der Erhaltungszustand der Straßen, die Sicherheit der Einwohner, Feuerwehren und Feuerwehrgerätehäuser, Kindergärten, Schulentwicklung, öffentliche Einrichtungen, Gewerbeförderung, die Baulandentwicklung in den Dörfern und natürlich das Thema Flüchtlinge waren weitere Themen.

„Es gab in der Vergangenheit und es wird auch in der Zukunft viel in der Gemeinde zu tun geben, dazu benötigen wir die Meinung der Menschen und wir brauchen Nachwuchspolitiker, die in Zukunft die Geschicke der Ortschaften und der Gemeinde lenken“, so die beiden CDU-Fraktionsvorsitzenden Uwe Lagosky und Christiane Florek.

Zum Schluss, doch nicht das Letzte



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Abschlussbericht von Praktikantin Hannah Ruppelt. Weihnachten steht vor der Tür. Für viele ist Weihnachten die schönste Zeit des Jahres. Für mich bedeutet es in diesem Jahr vor allem, dass mein fünfwöchiges Praktikum beim Bundestagsabgeordneten Uwe Lagosky sich dem Ende neigt.

Fünf Wochen durfte ich Herrn Lagosky und seine Mitarbeiter im Deutschen Bundestag begleiten. Am Anfang war ich sehr gespannt, was mich wohl erwarten würde. Aber dann stellte ich schnell fest, dass trotz der vielen ernsten Themen, alle sehr freundlich und offen waren. Im Büro von Herrn Lagosky wurde ich herzlich aufgenommen und lernte schnell, wie man eine Pressemitteilung schreibt und Bürgerbriefe bearbeitet. Ich nahm an Plenarsitzungen teil und lernte so einiges über die Zusammenhänge und Vorgänge im „Hohen Haus“. Zudem durfte ich Herrn Lagosky zu Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen begleiten. Dies bescherte mir einen umfangreichen Einblick in die Arbeitsweise und Abläufe der Gruppen und Ausschüsse des Bundestags.

Mein Praktikum bei Herrn Lagosky war sehr spannend und abwechslungsreich. Einmal einen Einblick in den Bundestag zu erhalten, ob durch einen Besuch mit einer Gruppe oder ein Praktikum, kann ich jedem nur empfehlen.

Nun wünsche ich uns allen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr!



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



CDU

